

Das Thema

Krise und Unterentwicklung

Krise ohne Ende?

Robert Katzenstein

Die Angst geht um. Vor einer Weltwirtschaftskrise, wie sie die Welt seit 1929/33 nicht mehr erlebt hat. Ist diese Angst berechtigt? Ich glaube, ja. Eigentlich haben wir bisher nur Glück gehabt, daß sie nicht schon früher losgebrochen ist.

Es kriselt an allen Ecken und Enden. Ich habe nur einmal kurz überlegt und bin auf Anhieb auf ein Dutzend Krisen gekommen: die Kohlekrise, die Stahlkrise, die Schifffahrtskrise, die Werftenkrise, die Agrarkrise, die Textilkrise, die Krise im Gesundheitswesen, die Schuldenkrise, die Beschäftigungskrise, die Staatshaushaltskrise, die Börsenkrise, die Währungs- und die Ungleichgewichtskrise im Außenhandel, die man noch nicht Krise nennt, obwohl sie für die Länder mit einem Negativsaldo schon lange die Ausmaße einer Krise angenommen haben.

Überlegt man weiter, dann erinnert man sich, daß die Kohlekrise zum ersten Mal im Jahre 1957 in den Schlagzeilen aufgetaucht ist, der Begriff Stahlkrise nicht sehr viel später, ohne daß sie je daraus wieder verschwunden wären. Dann kamen die Landwirtschaftskrise, die Textilkrise usw. hinzu. Es kam eins zum anderen. Dann begannen die Krisen sich miteinander zu verknüpfen und die ganze Wirtschaft zu erfassen. Die Struktur der Wirtschaft entwickelte sich weiter im Wildwuchs, die Branchenkrisen verschlimmerten sich und begannen sich miteinander zu verflechten, Krisenkomplexe zu bilden, die dann ihrerseits aufeinander einwirkten. Der Rückgang im Schiffbau verschlimmerte die Stahlkrise, die Stahlkrise verschlimmerte die Bergbaukrise usw. Aus den Branchenkrisen von Kohle, Stahl, Werften usw. wurde die Strukturkrise der Wirtschaft. Keine einzige der Krisen war gelöst worden. Aus den Strukturproblemen und den durch Profitsucht und Konkurrenz ausgelösten Rationalisierungsprozessen ergab sich die Arbeitslosigkeit, aus den Versuchen, die Konjunktur zu steuern und die Arbeitslosigkeit abzubremesen, folgte die Finanzkrise des Bundes, die Länder und Kommunen verschuldeten sich, und die zunehmenden Sozialausgaben, die aus der Langzeitarbeitslosigkeit erwachsen, brachten manche Kommunen an den Rand der Pleite, das durch die Krisen gebremste Wachstum der Wirtschaft engte die Verwandlung des Kapitals in Realkapital ein und trieb das anlagesuchende Kapital massenweise in das fiktive Kapital, das heißt in die Spekulation, und daraus folgte jetzt schließlich die Börsenkrise, da für die Spekulation der reale wirtschaftliche Hintergrund fehlte.

Nichts, was gegen die Krisen von Staats wegen unternommen wurde – und jedermann weiß, daß es Milliarden gekostet hat –, hat Nutzen gebracht. Im Gegenteil! Die Agrarmarktordnung hat die Großproduzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu einer solchen Steigerung ihrer Produktion angeregt, daß die EG jetzt jährlich Milliarden ausgeben muß, um die Überschüsse zu lagern, und obendrein noch mit der subventionierten Vermarktung dieser Überschüsse die Landwirtschaft der Entwicklungsländer ruiniert. Die Stahlindustrie der Bundesrepublik hat ihre Rohstahlkapazitäten von 1970 bis 1980 noch um 30 Prozent ausgedehnt, obwohl der Stahlverbrauch in der BRD schon nicht mehr stieg. Es läuft alles genau nach dem klassischen Muster der marxistischen Krisentheorie ab. Vielleicht nicht ganz. Dank höherer Arbeitsproduktivität verfügt der Kapitalismus über wesentlich mehr Mittel, um Krisen gegenzusteuern, sie zu überbrücken. Aber wie lange noch? Mitte der 60er Jahre genügte noch eine Konjunkturspritze von neun Milliarden DM, um der Bundesrepublik über die Krise hinwegzuhelfen, heute wird eine Konjunkturspritze von 15 Milliarden DM als Tropfen auf den heißen

Stein angesehen. Zu Recht, denn die Probleme werden durch solche Konjunkturspritzen nur überbrückt, nicht gelöst. Sie treten deshalb bei der nächsten Zuspitzung stärker hervor.

Unterentwicklung wird Konjunkturstütze

1975 brachen die Spannungen in der Wirtschaft mit aller Macht auf. In kürzester Zeit stieg die Arbeitslosigkeit in der BRD auf 1,5 Millionen Menschen an, und von da ab ging sie auch nie mehr wesentlich zurück. Daß es nicht noch schlimmer kam, war eigentlich nur der OPEC, der Organisation erdölexportierender Länder, zu verdanken. Gemeinhin wird zwar der OPEC die Schuld an der Krise zugeschoben, aber das ist Unsinn. Wenn eine Wirtschaft rundum in Ordnung ist, dann wird sie auch nicht umgeworfen, wenn die Energiepreise plötzlich in die Höhe schießen, jedenfalls dann nicht, wenn die Energiekosten nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtproduktionskosten ausmachen. Das steile Hochschnellen der Energiepreise 1974 mag also zwar der auslösende Faktor der 75er Krise gewesen sein, ihre Ursache war es nicht. Ganz im Gegenteil. Die OPEC-Länder, und nicht nur sie, wurden zu den besten Kunden der industriellen Metropolen des Kapitalismus, zu einer echten Konjunkturstütze. Man kann es nachlesen in den Zeitungen jener Tage. Sie wurden zur Konjunkturstütze dank der Nationalisierung der Erdölquellen und der Anwendung des Erdölmonopols gegen die alten kapitalistischen Herrschaftsmächte, weil dadurch zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte der Befreiungsbewegungen der gewaltige Entwicklungsbedarf dieser Völker auch mit Kaufkraft ausgestattet wurde. Auf diese Weise wurde Unterentwicklung zum ersten Mal auch weltweit als Triebkraft wirtschaftlicher Entwicklung wirksam, und zwar nicht nur in den unterentwickelten Ländern selbst, die sich zu entwickeln begannen, sondern eben auch in den industriell hochentwickelten kapitalistischen Metropolen. Wo anders sollten diese Länder ihren aufgestauten Bedarf auch decken?

Vorbereitung der Krise von 1980

Es war die Maßlosigkeit des Kapitals, die die Welt gleich wieder auf die nächste Krise zutrieb. Auch hier ein Zusammenhang zur OPEC. Nicht alle Länder dieser Organisation nutzten den neu gewonnenen Reichtum zu Entwicklungszwecken. In einigen dieser Länder – und zwar in den mit dem größten Ölreichtum – herrschten und herrschen auch heute noch halbfeudale Schichten, die den neugewonnenen Reichtum nutzten, um in die Welt des Kapitals vorzudringen. Zunächst wollten sie die Perlen kapitalistischer Ausbeutung, Machtzentren des Kapitals, aufkaufen. Zum Beispiel die Daimler-Benz AG. Dieser Zugriff auf die Machtzentren des Finanzkapitals wurde natürlich abgewehrt. In unserem Fall von der Deutschen Bank. Das freie, relativ überschüssige Geld floß nunmehr in die Tresore der großen internationalen Banken, um von diesen wenigstens zinsentragend angelegt zu werden. Auf diese Weise kamen die Banken in den Besitz riesiger Geldmengen, die sie anlegen mußten. Das war die Stunde der anderen Entwicklungsländer, jener mit großem Entwicklungsbedarf, aber ohne Öl- und folglich Geldquellen. Jetzt war es möglich, zu relativ günstigen Bedingungen Kredite zu erlangen – Geld, um mit der eigenen Entwicklung beginnen zu können. Die Banken standen bei ihnen Schlange. Auch diese Mittel flossen größtenteils wieder in die Metropolen des Kapitalismus, um dort Investitions- und andere Güter zu kaufen. Auch diese Mittel trugen zur Konjunkturstützung in den Metropolen bei.

Die Schuldenkrise bereitete sich vor

Sie bereitete sich übrigens nicht durch Prunkbauten auf Prestige versessener Herrscher vor. Gewiß, solche Bauten gab es auch. Aus Unwissenheit ist auch sonst manche Investitionsruine entstanden. Wo sollte das Wissen auch plötzlich herkommen? Aber –

und das sollte man bedenken, ehe man urteilt – Brasilien, Mexiko, Argentinien und andere Schwellenländer, also Länder mit der rasantesten industriellen Entwicklung in jener Zeit, sind auch die Länder, die damals die größten Schulden gemacht haben. Die Masse der Kredite ist also keineswegs in überflüssige Paläste geflossen, sondern für die Entwicklung genutzt worden.

Gerade diese Tatsache eigenständiger industrieller Entwicklung brachte ja in vieler Hinsicht zusätzliche Strukturprobleme für die Metropolen mit sich. Die unterentwickelten Länder bauten – logischerweise – Industrien auf, für die sie die Rohstoffe, einen Markt und die nötigen Fachkräfte hatten: die Textil-, Stahl-, Wertindustrie usw. Es sind südkoreanische Werften, die einen beträchtlichen Teil der Schiffbauaufträge der Welt an sich zogen. Das Kapital der hochindustrialisierten Länder hatte übrigens seinen Anteil an dieser Entwicklung. Es sind, zum Beispiel, die Giganten der US-Automobilindustrie, die in dem Billiglohnland Südkorea Automobilproduktionen aufbauten, um mit ihrer Hilfe die japanische Konkurrenz auch in der „dritten Welt“ aus dem Felde schlagen zu können. Der Wildwuchs kapitalistischer Akkumulationsprozesse verschärfte also bestehende Branchenkrisen. Als ob man den Aufbau von Industrien nicht in gegenseitiger Absprache und Arbeitsteilung zwischen den Völkern vornehmen könnte und müßte – wegen der strukturellen Spannungen, die sich sonst ergeben. Die nächste Krise, die das Niveau der chronischen Arbeitslosigkeit weltweit in die Höhe katapultieren sollte, in der BRD auf weit über zwei Millionen Menschen, ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Sie kam 1980.

Alle Krisen der Nachkriegszeit, 1957, 1965, 1974 und 1980, wurden mehr oder weniger durch staatliche Maßnahmen überbrückt. Auch der aufgestaute und plötzlich mit Kaufkraft ausgestattete Entwicklungsbedarf der unterentwickelten Länder spielte eine Rolle. Aber keine der staatlichen Maßnahmen führte zu einem Abbau struktureller Disproportionen, ob national oder international, sondern sie kanallisierten nur das Absterben nicht lebensfähiger Betriebe in einem solch engen Rahmen, daß es nicht zu sozialen und politischen Spannungen führte oder sich diese Spannungen doch in Grenzen hielten. Deutlich zu sehen an der Landwirtschaft, in der das Bauernsterben seit Ende der 50er Jahre Jahr für Jahr weiterging, aber eben in Maßen. In solchen Maßen, daß die Bauern halt nur mal kurz mit schwarzen Fahnen durch die Lande fuhren, auch mal eine Fuhre Mist vor dem Rathaus abluden, aber sonst doch immer wieder brav in die Reihen ihres Bauernverbandes einsicherten und Führer an die Spitze dieses Verbandes wählten, die ihnen selbst das Fell über die Ohren zogen. Gesamtwirtschaftlich gesehen wurde auf diese Weise zwar manches wirtschaftliche Mißverhältnis etwas abgemildert, aber insgesamt nahmen die Spannungen in der Wirtschaft, die zur Krise führen, zu. Jede der angeführten Krisen war deshalb auch schwerer als die vorangegangene. Solange die wirtschaftlichen Probleme nicht in politische umschlugen, kümmerte das keinen der Mächtigen. Die Börsenkrise zeigt, daß die kapitalistische Welt jetzt am Rand einer schweren Wirtschaftskrise steht, denn die Börsenkrise bedeutet, daß das Geldkapital nun auch in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern schon lange keine reale Anlagemöglichkeiten mehr gefunden hat und deshalb in das fiktive Kapital geflossen ist. Das hat die Aktienkurse in die Höhe getrieben, über jede reale Grundlage hinaus. Der Börsenkrach wurde fällig, als die Insider begannen, ihre Anlagen zu ordnen, um Gewinne sicherzustellen und Vermögensverluste zu vermeiden.

Wettrüsten (SDI) und Schuldenkrise

An den Rand des Abgrunds wurde die Weltwirtschaft durch die Finanzoligarchie der Vereinigten Staaten von Amerika gebracht. Als dieses Land 1980/82 durch die schwerste Krise seit Kriegsende gebeutelt wurde, erhielten die Rechtskonservativen unter R. Reagan freien Lauf. Sie meinten, man müsse das verlotterte Land nur wieder ordentlich an die Kandare nehmen, um seine Lebensgeister zu wecken und es wieder an die alte Führungsstellung in der Welt heranzuführen, militärisch, ökonomisch und

politisch. Zu diesem Zweck entwarfen sie das größte Rüstungsprogramm, das die Welt je gesehen hat. Es war unbezahlbar! Auch für den US-Staatshaushalt. Nun folgte ein klassischer Kreislauf, der zeigt, wie eine Entwicklung ausschließlich auf Grund nationaler – oder individueller – Interessen, Krisenpotential aufbaut bzw. verschärft.

Als erstes kamen die Entwicklungsländer in Bedrängnis: Um das Rüstungsprogramm zu verwirklichen, brauchte die US-Regierung Kredite. Ihr Bedarf an Krediten aber überstieg bei weitem alles, was der inländische Leihkapitalmarkt in den USA hergeben konnte. Folglich stiegen dort die Zinsen ganz nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Die steigenden Zinsen lockten Kapital aus aller Welt in die USA. Folglich stieg die Nachfrage nach US-Dollars, und, ganz nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, stieg auch sein Kurs. Neben den Zinsen, die erheblich höher waren als in der übrigen Welt, lockte jetzt also auch noch ein möglicher Kursgewinn das Kapital an. Alles vorhersehbar, da den ökonomischen Gesetzen entsprechend, und folglich auch gewollt, denn irgendeiner mußte die Rüstung ja bezahlen. Sollten dies ruhig die anderen sein. Die Rüstung heizte in den USA die Nachfrage an und brachte so auch noch einen Konjunkturboom mit sich. Prächtig! Für die USA!

Für die Entwicklungsländer, deren Kredite meistens auf Dollarbasis liefen, bedeutete dies aber, daß für sie die Dollars teurer wurden, die sie zum Zwecke der Zahlung von Zinsen und Tilgungsraten kaufen mußten. Folglich mußten sie ihre Exporte steigern. Anders waren die nötigen Dollars nicht zu erwerben. Sie mußten erheblich mehr exportieren, denn der Kurs des US-Dollars hatte sich in wenigen Jahren etwa verdoppelt. Diese Exportschwemme aber hatte wiederum zur Folge, daß die Preise ihrer Exportwaren sanken. Auch dies von den USA gewollt? Immerhin exportierten diese Schuldnerstaaten vor allem Erdöl, Rohstoffe und Nahrungsgüter aller Art. Billige Roh- und Energierstoffe aber kamen den amerikanischen Unternehmen im Boom sehr zupass. Ebenso billige Nahrungsmittel, Kaffee, Tee, Bananen usw., denn billige Nahrungsmittel milderten in den USA den Drang nach höheren Löhnen; die Arbeitslosigkeit hatte das Realeinkommen der jungen Amerikaner von 1973 bis 1983 immerhin um rund 25 Prozent gedrückt, auch war Reagan dabei, die Sozialausgaben drastisch zu senken.

Den Entwicklungsländern bekam das Rüstungsprogramm der USA dagegen gar nicht. Ihre Exportpreise fielen drastisch. Für Erdöl um die Hälfte, für andere Rohstoffe um mehr als ein Drittel, teilweise sogar um 40 Prozent. Die Schuldendienste, Zins- und Tilgungszahlungen, aber stiegen. Es setzte geradezu eine Schuldenspirale ein. Bald mußten sie neue Kredite aufnehmen, um fällige Kapitaldienste, Zinsen und Tilgungsraten, bezahlen zu können. Die neuen Kredite aber waren nur zu höheren Zinsen zu bekommen. Je öfter Zahlungsschwierigkeiten auftraten, um so härter wurden die Bedingungen. Je härter die Bedingungen, um so mehr mußten die Entwicklungsländer exportieren, d. h., der Druck auf die Exportpreise hielt an und verstärkte sich zum Teil noch, obwohl durch den anlaufenden Boom auch die Nachfrage nach Rohstoffen gestiegen war. Die Schuldenkrise brach aus. Und von da ab verschlimmerte sich die Situation für die Entwicklungsländer nur noch. Die nicht gezahlten Zinsen und Tilgungen wurden in neue Kredite umgewandelt. Der Schuldenberg wurde immer größer, und die Steigerung war nicht zu stoppen.

Als Kredite von privaten Banken für diese Länder nicht mehr zu haben waren, griff der Internationale Währungsfonds (IWF) ein. Der IWF aber stellte seine Bedingungen für die Wirtschaftspolitik, die diese Länder fortan zu betreiben hatten: Export um jeden Preis, auch um den Preis der eigenen Entwicklung. Die eigene, gerade entwickelte Wirtschaft begann zu verfallen, und das Elend nahm zu.

Ich sagte oben, daß die Interessen der Kapitalisten als Individuen und ihre Interessen als ganze Klasse sich selbst zuwiderlaufen. Hier ist das wieder zu sehen: Im Interesse der Banken bzw. des Leihkapitals wurden die Schuldnerländer so ausgesaugt, daß sie als Märkte und Stützen der Konjunktur absolut an Bedeutung verloren. Das war die eine Seite.

Auf der anderen Seite waren diese Länder gerade durch die Schuldenlast und den Druck des IWF gezwungen, ihren Export zu steigern. In manchen Bereichen wurden diese Länder deshalb für bestimmte Industrien der kapitalistischen Metropolen zu Konkurrenten auf den Weltmärkten, und sie begannen sogar, diese zu verdrängen. Sie produzierten ihren eigenen Stahl, ihre eigenen Schiffe, Autos, Fernseher, oder sie öffneten sich dem Absatz von billigen Erzeugnissen aus den eigenen Reihen weiter. Auf diese Weise verschärften sie noch die Branchenkrisen in den Hauptländern.

Am stärksten und zuallererst aber wurden – Ironie der Geschichte – die USA selbst getroffen. Der hohe Dollarkurs schwächte die Konkurrenzfähigkeit der US-Industrie, denn er verbilligte die Importe erheblich, und die Amerikaner kauften nicht mehr amerikanisch, sondern japanisch, westeuropäisch, südkoreanisch usw. Der Import ausländischer Waren stieg, und in manchen Bereichen wurde die fremde Konkurrenz geradezu erdrückend. Aus demselben Grund ließen sich amerikanische Waren im Ausland zunehmend schwer verkaufen. Je länger der Rüstungsboom auf Schuldenbasis in den USA andauerte, um so mehr machten sich also dort selbst Schwierigkeiten bemerkbar. Zu dem Staatshaushaltsdefizit kam ein Außenhandelsdefizit. Die USA wurden innerhalb weniger Jahre zum größten Schuldnerland der Welt. Und die Impulse, die von der amerikanischen Wirtschaftspolitik ausgingen, zerrütteten die wirtschaftlichen Strukturen weltweit.

Der Börsenkrach

Diese zunehmenden Spannungen im weltweiten Wirtschaftsgefüge, das ist der Hintergrund des Börsenkrachs. Aktienkurse berechnen sich nach ihrem Verhältnis zum Gewinn der zugehörigen Unternehmen. Nicht nur nach dem Gewinn von heute, sondern auch nach dem von morgen und übermorgen. Logischerweise, dann wenn der Gewinn morgen oder übermorgen schlecht ist, dann fällt auch die Dividende, und auch das Kurs-Gewinn-Verhältnis verschlechtert sich, der Kurs der Aktie fällt. Wenn also die Zeichen der Wirtschaft auf Krise stehen, verkauft jeder, der diese Zeichen zu deuten weiß, seine Aktien, und die Kurse fallen. In der Regel sind das aber keine plötzlichen, panikartigen Verkäufe, die zu einem Krach an der Börse führen. Jeder der großen Spekulanten oder Anleger ist um vorsichtigen Verkauf bemüht, denn ein plötzlicher Kursverfall wäre sein eigener Schade. Nur wenn diese Insider Gefahren wittern, schmeißen sie ihre Aktien schnell und massenweise auf den Markt. Dann kommt es für sie darauf an, der erste zu sein. Jede Minute Verzögerung kann Hunderttausende, ja Millionen von Dollar oder Mark oder Pfund usw. kosten, wenn der Sturm erst losbricht. Es geht um das persönliche Vermögen, und in unserer Wirtschaftsordnung, in der jeder auf sich gestellt ist, beißen den letzten die Hunde. Wer in solchen Situationen zu lange wartet, dem sind die Hunde am nächsten. Der Börsenkrach hat es ja gezeigt: Wer zuerst verkauft hat, der hat noch gar keinen oder wenig Verlust gemacht, wer zu spät kam, der hat bis zu fünfzig Prozent des Wertes seiner Aktien eingebüßt. Wenn er sie überhaupt losgeworden ist! Denn die Verluste können noch steigen, weil der Kursverfall mit Sicherheit noch weitergehen wird. Die Ursachen dafür sind noch nicht beseitigt. Der enorme Fluß von Geldkapital in fiktive Anlageformen – auch die Staatsanleihen der US-Regierung stellen ja fiktives, überdies in der Rüstung schon verpulvertes Kapital dar – zeigt, wie groß auch die Masse des hinsichtlich produktiver Verwertung überschüssigen Kapitals tatsächlich war. Es muß also auch noch manches davon vernichtet werden, und Kapital wird vernichtet, indem es an Wert verliert oder gar ganz wertlos wird. Die Kurse der deutschen Aktien sind von dem Kursverfall am meisten betroffen, weil die Bundesrepublik übermäßig exportabhängig ist. Man schätzt, daß jeder vierte Arbeitsplatz in irgendeinem Zusammenhang mit dem Export steht. Gelingt es also nicht, die angesammelten Spannungen in der Wirtschaft aufzulösen, so werden sie sich mit Sicherheit zunächst im Außenhandel verschärfen, und das heißt, daß das Kapital der BRD zuerst und möglicherweise auch am schwersten davon betroffen wird.

Was kann man tun?

Wie sollen die Spannungen beseitigt werden, außer durch eine Krise?

Im Moment sieht die Sache so aus, daß die Kapitalisten durch die bestehenden Probleme und die dadurch zunehmende Konkurrenz immer stärker dazu gedrängt werden, ihre Betriebe neu durchzuorganisieren und zu rationalisieren. Die Arbeitskräfte werden dabei als Kostenfaktoren völlig abgekoppelt. Von dem Verhältnis zwischen der Produktionsentwicklung einerseits und der Marktentwicklung andererseits her gesehen, steigert diese Rationalisierung also zugleich die Kapazitäten und engt die Absatzmöglichkeiten ein, denn Arbeitslose ohne Perspektive können sich verständlicherweise nicht soviel leisten wie Beschäftigte mit Langzeitperspektive. Die Krisenfaktoren vermehren sich also. Auftriebskräfte, die einfach aus den Marktgesetzen heraus wirksam werden, sind nicht zu sehen. Im Gegenteil, die Marktgesetze drängen zur Krise. Für die Werktätigen bleibt also tatsächlich nur die Möglichkeit, sich für ein massives Konjunkturprogramm stark zu machen, um wenigstens eine Verschärfung der Situation zu verhindern und die Folgen für die Werktätigen in Grenzen zu halten.

Daß dies auch konjunkturpolitisch richtig ist, zeigen die Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwart. Man braucht nicht weit zurückzugehen. Schon die Geldumverteilung nach der Gründung der OPEC, die die Entwicklungsbedürfnisse jener Länder in den Metropolen des Kapitals konjunkturstützend wirksam werden ließ, läßt dies erkennen. Heute zeigt sich in der BRD wieder die konjunkturstützende Wirksamkeit des individuellen Verbrauchs; im Wirtschaftsteil jeder Zeitung kann man das lesen. Der Export hat, nach dem erneuten Verfall des US-Dollar-Kurses, seine Wirksamkeit in dieser Hinsicht wieder verloren. Es kommt jetzt also darauf an, die einheimischen Bedürfnisse mit Geld auszustatten und so in Nachfrage zu verwandeln. Nicht Sozialabbau ist das Gebot der Stunde, sondern Sozialaufbau, nicht Einsparungen an Staatsausgaben, sondern Konjunkturprogramme, die die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach Schutz und nach Regeneration der Natur befriedigen, nicht Arbeitszeitverlängerung und Intensivierung der Arbeit, sondern Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Es gibt keinen stichhaltigen Grund, der dagegen spricht.

Natürlich werden wirtschaftliche Probleme auftauchen. Das ist nicht anders möglich, solange die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus herrschen und die ganze wirtschaftliche Bewegung von individuellen Profitinteressen bestimmt wird. Es ist nun einmal so, daß Steigerung der Arbeitsproduktivität sich nur dann auch in Profit umsetzt, wenn nicht die Arbeitszeit verkürzt, sondern wenn Arbeitskräfte entlassen und folglich Lohnkosten eingespart werden. Es ist nun einmal so, daß eingesparte Lohnkosten die Kaufkraft der Werktätigen vermindern und folglich krisenverschärfend wirken. Die Krisen sind im Kapitalismus vorprogrammiert. Daran läßt sich nichts ändern, wenn man die Grundvoraussetzungen, die eine krisenhafte Entwicklung bewirken, nicht verändert. Es läßt sich aber etwas daran ändern, daß die Krisen immer die Werktätigen mit voller Schärfe treffen. Die Konjunkturprogramme aller Regierungen der BRD haben eines nicht verhindern können: daß sich in der Wirtschaft krisenverursachender Konfliktstoff anhäuft. Aber sie haben die sozialen Folgen abmildern können. Und dafür müssen sich die Werktätigen stark machen.